

# Traurige Ergänzung zum Kommentar oben

Heute war die metallzeitung zu haben. Und was steht da auf Seite 15:

Klick aufs Bild und Du kannst alles lesen:  
Von dem Protest gegen Rente erst ab 67 keine Spur.  
Und die IG Metall setzt noch einen drauf:  
Auf den Seiten 16/17 wird die Leistung der Metaller

## SOZIALE SICHERHEIT: DAS FORDERN DIE BESCHÄFTIGTEN

1. Renteniveau erhöhen – auch wenn dadurch die Rentenbeiträge steigen sollten.
2. Betriebsrente für alle.
3. Gleiches Krankenkassenbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber (Blickkehr zur Partei).

## DAS SIND DIE ANTWORTEN DER PARTEIEN

CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Neue Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung bis 2030 (Ausweitung der Rentenbeleidigungsmaßnahmen).</li><li>▪ Erhaltung von Wettbewerben für die Zeit nach 2030 durch eine Rentensteuerabstufung aus Praktik und Familienvorwurf.</li><li>▪ Keine konkreten Pläne zur Rentenreform. Sollte sich aufgrund der Empfehlungen der Rentenkommission vor 2030 Handlungsspielraum ergeben, werden Maßnahmen ergriffen.</li><li>▪ Keine Aussage zur Finanzierung der Krankenversicherung.</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Stabilisierendes Rentenbeitrag im Jahr 2030 auf 14 Prozent.</li><li>▪ Beitragssatzsteigerung bei 22 Prozent bis 2030.</li><li>▪ Solidaritätsrente: 10 Prozent über Rentenversicherung (ab 25 Jahren Beitragssatz von 17 Prozent).</li><li>▪ Eine neue sozial gesicherte Rente für alle.</li><li>▪ Betriebliche Altersversorgung attraktiver machen, gesetzlicher Verpflichtung zur betrieblichen Altersversorgung (BAV), wenn die jüngsten Reformen nicht umgesetzt.</li><li>▪ Gleiches Krankenkassenbeitrags für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.</li><li>▪ Abschaffung der Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung.</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Sozialer Rentenbeitrag bis mindestens 14 Prozent bis 2030.</li><li>▪ Beitragssatzsteigerung bei 22 Prozent bis 2030.</li><li>▪ Solidaritätsrente: 10 Prozent über Rentenversicherung für die Rente.</li><li>▪ Arbeitgeber sollen künftig ohne finanzielle Belastung die Betriebsrente anstreben und sie mit einem eigenen Arbeitgeberbeitrag unterstützen.</li><li>▪ Eigener Krankenkassenbeitrag für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.</li><li>▪ Abschaffung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung.</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Erhöhung des Rentenbeitrags auf 15 Prozent.</li><li>▪ Für sozialen Mindeststandard in Höhe von 1050 Euro.</li><li>▪ Einführung einer neuen Rente für alle.</li><li>▪ Für eine sozialistische Altersversorgung, die überwiegend von Arbeitgebern finanziert wird.</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Stärkung der betrieblichen Altersversorgung.</li><li>▪ Fiktivrente.</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Fiktivrente.</li><li>▪ Betriebsrente und eine private Altersversorgung gewerbslich stellen.</li><li>▪ Gleiches Krankenkassenbeitrags für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.</li></ul>

## ERGEBNIS IG METALL-CHECK:

### CDU/CSU

Weiterbildung, Rückkehrrecht, kein Mindestlohn von Definitionen. Weil im Programm von CDU/CSU klug galt, doch die konkreten Vorschläge sind vage. Bei Rentenreform und Politik herrscht Fehlentwurf – und das Arbeitsrecht will die Union aufweichen.

### SPD

#### SPD

Die SPD setzt sich für mehr soziale Gerechtigkeit und den Ausbau von Infrastrukturmöglichkeiten ein. Zahlreiche Forderungen, wie etwa in der Arbeitsmarktpolitik stärker auf Qualifizierung zu setzen, gelten unserer Anliegen auf.

### GRÜNE

Bei der Arbeitszeit oder einer Arbeitsmarktpolitik, die stärker auf Qualifizierung setzt, liegen die Grünen direkt an den Positionen der IG Metall. Mit Leidenschaft kämpfen sie für den Klimaschutz und Umweltschutz – das gibt es Konkurrenz.

### DIE LINKE

Die Linke fordert einen Ausbau des Sozialstaats und mehr Gerechtigkeit in der Sozialpolitik. Ihre Positionen beim Rentenreformen sowie für einen deutlich höheren Mindestlohn gehen über die Forderungen der IG Metall sogar hinaus.

### FDP

Bei der FDP gibt es einen Weit in neuen Schläuchen. Sie setzt auf Bildung, damit jeder Einzelne für sich Verantwortung übernehmen kann. Flexibilität bedeutet Flexibilität für Arbeitgeber. Kalkulatorisch: Schatzverschulden will sie zurückdrängen.

### FDP

Bei nahezu allen Beschäftigten Themen beruft sich die AfD fiktivweise. Die Kandidatinnen und Kandidaten der aus Wirtschaftsvertretern entstandenen Partei reichern sich durch Abgrenzung und Rassismus statt Solidarität aus.

im Bundestag herausgestellt: 1 mal CDU, 7 mal SPD und 4 mal

Die Linke, aber Klaus Ernst, der regste Metaller im Bundestag?  
Fehlanzeige.

Bei Facebook wurde ich des IGM-bashings bezichtigt. Jeder kann sicher sein, dass ich bei der nächsten Delegiertenversammlung meiner IG Metall Geschäftsstelle das zur Sprache bringen werde. Wer mich kennt, weiß, dass ich weit von RG0-Positionen entfernt bin.